

EU-Zuwanderung ohne Leistungsansprüche nach dem SGB II

Am 13.12.2017 ist der Rat einem der Verfahrensvorschläge des interfraktionellen Arbeitskreises Wohnungslosigkeit zu den aktuellen Herausforderungen der Wohnungslosenhilfe nicht gefolgt, dem Vorschlag zu einem Verfahren für EU-Zuwanderer und -Zuwanderinnen ohne Leistungsansprüche nach dem SGB II.

Er hat die Verwaltung damit beauftragt, in einer weiteren Vorlage darzustellen, welche Regelungen für den Personenkreis bei den veränderten gesetzlichen Vorschriften Anwendung finden und welche gemeinsamen Schritte unternommen werden, um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen. Schließlich soll die Vorlage darstellen, wie die Verwaltung agiert, wenn eine Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt nicht erfolgreich ist.

Die Verwaltung hat sich vor mehr als 3 Monaten zu einem ersten Austausch mit den in diesem Bereich aktiven freien Trägern getroffen, um die grundsätzlich denkbaren Verfahrensweisen und Rahmenbedingungen zu erörtern und erste Eckpunkte für mögliche Unterbringungen zu skizzieren. Hierüber haben wir den Ausschuss seinerzeit informiert. Rückmeldungen zu den dokumentierten Überlegungen hat es von den Trägern bislang nicht gegeben. Die Verwaltung hat daher zu einem Folgetreffen am 19.09.2018 eingeladen.

Zur Frage der Leistungsansprüche gehört vor allem die Unterbringung der Menschen, die am Anfang zunächst der Abwendung einer Obdachlosigkeit dient, anschließend aber als Sozialleistung zu bewerten ist. In dem Zusammenhang rücken die temporären Aufenthalts- bzw. Unterbringungslösungen des Landfahrerplatzes sowie der so genannten Winternothilfe, also der seit einigen Jahren praktizierten Aufstellung einfacher Wohncontainer auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Firma Caspar Hessel, zunehmend in den Fokus der Arbeit des Sozialamtes.

Die Verwaltung würde gerne zeitnah zu dem gesamten Themenfeld den interfraktionellen Arbeitskreis Wohnungslosigkeit einladen, um Handlungsalternativen zu erörtern. Die Ergebnisse der Gespräche mit den freien Trägern sollen in die Beratungen einfließen.